

Schüler wählen Grün

Eichenschüler führen Juniorwahl durch / CDU holt nur 16 Prozent

VON ANN-CHRISTIN BEIMS



Neuntklässler der Eichenschule bilden den Wahlvorstand und zählen die Stimmzettel aus.
Fotos: Beims

Scheeßel – Könnten mehr junge Leute mitentscheiden – die Sitzverteilung im deutschen Bundestag würde anders aussehen. Ginge es nach den Schülern der Eichenschule, wären die Wahlsieger mit 28,6 Prozent der Stimmen die Grünen – und damit Annalena Baerbock Nachfolgerin von Kanzlerin Angela Merkel (CDU). Dahinter folgen die SPD (19,5 Prozent), FDP (17,7 Prozent), dann erst die CDU (16,1 Prozent). Sie haben eine Juniorwahl durchgeführt, eine realitätsgetreue Wahlsimulation. „Das ist sinnvoll, um Erfahrungen zu sammeln und sich damit auseinanderzusetzen“, erklärt Zwölftklässlerin Fiona Labahn.

Die Jahrgänge 9 bis 13 und damit 528 Wahlberechtigte konnten ihre Stimme abgeben. 446 Schüler haben diese Chance genutzt, fünf Stimmzettel mussten für ungültig erklärt werden. Mit Unterstützung ihrer Lehrerin, Fachobfrau Politik Petra Hoppenstedt, haben die Schüler die Wahl selbst organisiert: Neuntklässler bildeten den Wahlvorstand, erstellten Wahlbenachrichtigungen, führten ein Wählerverzeichnis. „Der Blick hinter die Kulissen ist interessant, bedeutet aber auch viel Verantwortung“, erklären Greta Bammann und Lotta-Luise Schindler. Richtige Wahlkabinen, Urnen – alles wie bei der echten Bundestagswahl.

Zur Wahl stehen entsprechend die Kandidaten und Parteien des Wahlkreises „Rotenburg I - Heidekreis“. Diesen angemessen zu vertreten, trauen sie am ehesten Lars Klingbeil (SPD) zu – und lassen ihn mit 44,4 Prozent der Stimmen per Direktmandat in Berlin. Zwar sehen sie die Grünen per Zweitstimme vorne, für deren Kandidaten Michael Kopatz hat es aber nicht direkt gereicht – nur 19,7 Prozent haben sich für ihn entschieden. Carsten Büttinghaus (CDU), neben Klingbeil zuletzt als Favorit im Rennen, schlägt bei den Schülern noch weiter ab: Nur 14,7 Prozent gibt es für ihn.

Während die Umfragen in der Kanzlerfrage schon lange ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen CDU und SPD gesehen haben, ist das Ergebnis der Zweitstimmen für Schulleiter Christian Birnbaum keine Überraschung. „Sie achten auf andere Kriterien, blicken anders auf die Programme der Parteien.“ Für Friederike Zukunft, Labahn, Marek Kuhlmann, Arman Verma und Talea Bahrenburg, alle in Jahrgang 12, steht vor allem das Thema Umwelt im Fokus, danach folgen Bildung und der Internetausbau. Aber auch Sozialpolitik, die zunehmende Altersarmut und die Schere zwischen Arm und Reich, beschäftigen sie, sagt Verma. Dass jemand jahrelang arbeitet und dennoch gezwungen ist, zur Aufbesserung seiner mageren Rente Flaschen zu sammeln, „das darf so nicht weitergehen“.

Danach gefragt, wie sie eine Partei nennen würden, könnten sie jetzt eine gründen, ist schnell ein Name gefunden: SÖPD – Sozial-Ökologische Partei Deutschlands. Die AfD hätte übrigens, wenn es nach den Eichenschülern geht, den Einzug in den Bundestag verfehlt – für die Fünf-Prozent-Hürde hat es nicht gereicht.

Jede Stimme zählt, das machen die Fünf deutlich – und können nicht verstehen, warum so viele nicht gehen. Eine Wahlpflicht würden sie dennoch nicht einführen: „Eine Wahl ist frei, macht man sie zur Pflicht, nimmt man das weg“, sagt Kuhlmann. Sinnvoller sei es, mehr aufzuklären, die Wähler zu motivieren. Unter Nichtwählern sind viele uninformatiert, meint Bahrenburg. „Und es gibt genügend Menschen, die sich mit keiner Partei identifizieren können“, sagt Verma. „Eine Wahlpflicht würde nicht das erhoffte Ergebnis bringen.“ Die Zwölft- und Neuntklässler würden sich aber das Wahlalter herabgesetzt auf 16 Jahre wünschen. „Schüler beschäftigen sich oft mehr damit als manche Erwachsene“, so Zukunft.

Viele haben im Vorfeld den Wahl-O-Mat ausprobiert, das Thema im Unterricht besprochen. „Es ist in allen Klassen Thema, unabhängig vom Unterricht“, so Hoppenstedt. Sie tragen es in die Pausen und nach Hause. Sie diskutieren, vertreten unterschiedliche Meinungen, sagt Kuhlmann. Die Erfahrung der vergangenen Jahre zeigt auch: Durch die Juniorwahl steigt die Wahlbeteiligung. Die Schüler fühlen sich ernst genommen von ihren Familien, von Politikern oft weniger. „Ein großer Witz war die Corona-Politik in den Schulen – das zeigt doch schon, dass wir nicht ernst genommen werden“, kritisiert Verma denn auch.

Parteien müssten andere Wege finden, wenn sie junge Menschen erreichen möchten. Fernsehen und Wahlplakate ziehen nicht, Youtube und Soziale Medien eher. Doch das, was Parteien dort präsentieren, „ist teilweise schlecht und gekünstelt“, ist die Erfahrung der Politiklehrerin, „unansprechend“ nennen es die Zwölftklässler. Parteien hätten den jungen Wähler noch „nicht ganz für sich entschlüsselt“. Sie nehmen die Jugend zu wenig in den Blick, sagen auch Bammann und Schindler. Erst die Proteste im Rahmen

von „Fridays for Future“ haben dazu beigetragen, dass Jugendliche und ihre Themen ernst genommen werden. „Schüler sind heute ganz anders politisch als wir“, sagt Hoppenstedt. „Man kann anders seinen Beitrag leisten, es ist ein konservativerer Ansatz zu sagen, politisch sein heißt, in Parteien engagiert zu sein.“